

DDR bewahrt konsequent antifaschistisches Erbe

Wie können insbesondere wir als Kommunisten unsere Verantwortung wahrnehmen, damit der antifaschistische Geist, die antifaschistische Tradition als eine der Grundsäulen unseres sozialistischen Staates gerade auch unter der Jugend lebendig bleibt?

Helmut Baumbach

Partei-veteran, Mitglied der Ortsparteileitung Schwallungen der SED

50 Jahre nach Entfesselung des zweiten Weltkrieges durch das faschistische Deutschland, der mit dem Überfall auf Polen am 1. September 1939 begann, stellt sich vor allem für die Deutschen die Frage nach den Lehren. Was ist aus dem Schwer von Buchenwald „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!“ geworden? Wie werden beide deutsche Staaten, die sozialistische DDR und die kapitalistische BRD, ihm gerecht? Wie haben sie die historische Chance der Zerschlagung des Hitlerfaschismus durch die Anti-Hitler-Koalition genutzt?

All das sind Fragen, die sich aufdrängen, die Antworten verlangen. Vor allem auch angesichts der Tatsache, daß sich westlich unserer Grenze, insbesondere in der BRD, neofaschistische Kräfte immer nachhaltiger und unverschämter in aller Öffentlichkeit zu Wort melden, daß sie gar Einzug in Rathäuser und Parlamente gefunden haben. Es sei unglaublich, so der Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland und Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde von Berlin (West), Galinski, wie neofaschistische Gruppierungen „mit Teilen der alten Ideologie bei den Wählern Erfolge verbuchten“, wie die großen Parteien mit Engstirnigkeit und Blindheit taktische Überlegungen anstellten, die neonazistischen „Republikaner hoffähig zu machen“.

Unglaublich - aber wahr! So sind

zwischen München und Hamburg, entgegen dem auch von der heutigen Bundesregierung beteuerten Grundsatz, nie wieder Krieg von deutschem Boden, Kräfte am Werk, die sich aus maßloser Gier nach Rüstungsprofiten und sozialer Revanche gegen die politisch-territorialen Realitäten stellen. Sie fordern ein Deutsches Reich in den Grenzen von 1937, predigen in aller Öffentlichkeit Rassenhaß, Chauvinismus und Ausländerfeindlichkeit.

Welche Wurzeln hat diese Renaissance faschistischen Ungeistes und Gebarens heute, mehr als 55 Jahre nach dem für das deutsche Volk und die ganze Welt so verhängnisvollen und folgenschweren Machtantritt des Hitlerfaschismus? Heute, ein halbes Jahrhundert, nachdem dieser die Welt in Brand steckte? Es scheint, Auschwitz, Buchenwald, Dachau, Lidice oder Oradour sind heute mancherorts schon vergessen! „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch“. Diese Worte von Brecht sind angesichts bundesdeutscher Wirklichkeit von einer beklemmenden Aktualität.

Wir in der DDR nutzten die historische Chance, errichteten die antifaschistische Ordnung, rotten Imperialismus und Faschismus mit Stumpf und Stiel aus und beseitigten damit ein für allemal die Wurzeln für Völker- und Rassenhaß, für Revanchismus,

Neofaschismus und Krieg. Unser Staat hat sich zu den Folgen des zweiten Weltkrieges bekannt, Verantwortung übernommen, Wiedergutmachung geleistet sowie Nazi- und Kriegsverbrecher bestraft.

„Vor allem aber wurden die Trümmer, die der nazistische Ungeist in den Köpfen hinterlassen hatte, ausgeräumt“ und besonders die „Jugend ... zu Völkerfreundschaft und Friedensliebe erzogen“, stellte Außenminister Oskar Fischer in seiner Rede vor der Volkskammer aus Anlaß des 50. Jahrestages des Beginns des zweiten Weltkrieges fest.

Wir erfüllten das Potsdamer Abkommen in Geist und Buchstaben, in dem es heißt, ein Deutschland zu schaffen, das „niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann“. Vom Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945 zur „Säuberung ... von dem faschistischen und reaktionären Unrat“ bis zum heutigen Tag gibt es eine feste antifaschistische Traditionslinie. Und so ist es ganz normal, daß unsere Verfassung „... militaristische und revanchistische Propaganda in jeder Form, Kriegshetze und Bekundung von Glaubens-, Rassen- und Völkerhaß ... als Verbrechen“ unter Strafe stellt.

In der BRD hingegen verlief die Entwicklung in eine andere Richtung (siehe auch „Neuer Weg“, 11-12/1989): Bereits vor ihrer Gründung hintertrieben die westlichen Besatzungsmächte im Einvernehmen mit deutschen großbürgerlichen Kräften und ihren politischen Repräsentanten die Enteignung und Bestrafung der Kriegsverbrecher und ihrer Helfershelfer, unterbanden in den Westzonen eine antifaschistisch-demokratische Entwicklung. Unter Torpedierung des Potsdamer Abkommens wurde die politische und ökonomische Herrschaft der Monopolbourgeoisie und des Großgrundbesitzes restauriert. Nach nur kurzer Zeit übernahmen ehemalige Nazis hohe Funktio-